Die Verwaltung erläutert, dass am 20. Oktober 2015 das Baugesetzbuch eine Änderung erfahren hat. Die entsprechende Zitierweise wird im Satzungsbeschluss angepasst und aufgenommen. Inhaltlich ergeben sich hieraus keine Änderungen.

Des Weiteren wird von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Stellungnahmen zu den Eingaben B 2.8 und B 2.26 angepasst wurden. Zur Eingabe B 2.55 ist am 26.10.2015 ein ergänzendes Schreiben eingegangen, welches bis zur Sitzung des Rates am 04.11.2015 für die Abwägung erarbeitet wird und dort in die Abwägungsentscheidung mit einbezogen wird. Die Anlagen zur Sitzungsvorlage wurden diesbezüglich geändert.

Die Verwaltung führt zudem nochmals inhaltlich in die Thematik ein und verweist auf den Verlauf und die Ergebnisse des bisherigen Verfahrens.

Die Vertreter des Ingenieur- und Planungsbüros LANGE GbR und die Verwaltung nehmen im weiteren Verlauf, auf Nachfragen hin, Stellung zu den in der Abwägung abgehandelten Aspekten Infraschall, Schallimmissionen, Landschaftsschutz, und dem Wertverlust der umliegenden Grundstücke. Ebenso wird die Umsetzung einer eventuellen Rückbauverpflichtung für die Windenergieanlagen geklärt. Außerdem wird ausführlich die Situation analysiert, die eintritt, falls kein Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan zu Stande kommt. Herr Kerstan weist hierzu nochmals explizit auf die Genehmigungsfähigkeit und den Genehmigungsprozess von Windkraftanlagen im baulichen Außenbereich gemäß §35 BauGB und BImSchG hin und verweist auf die Entwicklung in Kommunen ohne Feinsteuerung durch die Bauleitplanung.

Im Anschluss daran nehmen die Fraktionen einzeln Stellung und begründen ihre Abstimmung.

Herr Hörnig nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung Teil.